

Stellungnahmen der ÖVP zur Gemeinderatssitzung im Umlaufbeschluss am 27. April 2021, 24 Uhr

#### **TOP 4) Stundung von Kreditraten**

Laut Antrag an den Gemeinderat, wird, um die Liquidität auch im Finanzjahr 2021 gewährleisten zu können, um die Stundung für die Zahlung der Kreditraten im Jahr 2021 für die in der Beilage aufgelisteten Kredite angesucht. Dadurch verlängert sich die Laufzeit um jeweils 1 Jahr.

In Summe sollen Stundungen in der Höhe von € 702 484,15 bei der Raiffeisenbank Region St. Pölten, der Sparkasse Herzogenburg-Neulengbach und der HYPO NOE erfolgen, wodurch sich die Laufzeit um jeweils 1 Jahr verlängert.

Eine Gefährdung der Liquidität des Gemeindehaushalts ist für die ÖVP-Fraktion, wie im Antragstext formuliert, nicht erkennbar. 2020 wurden seitens des Bundes rund 600.000 € Zuschuss gewährt und seitens der Stadtgemeinde auf Investitionen größtenteils verzichtet.

#### **Die ÖVP Fraktion ersucht um die Beantwortung folgender Fragen bis zur nächsten Gemeinderatssitzung:**

- **Wofür sollen die durch die Stundungen freien Finanzmittel verwendet werden?**
- **Was verändert sich 2022 - sind Mehrerträge zu erwarten? Laufen Darlehen aus? Ist geplant, Vermögen zu verkaufen?**
- **Welche finanzintensiven Projekte sollen 2021 und 2022 umgesetzt werden?**

Noch vor ca. 1 Jahr stellte Bürgermeister Pfeffer zur Dachterrasse beim Zubau des Kindergartens fest:

„Diesen Luxus leisten wir uns“. Die Kosten von ca. 300.000 € wären der Stadtgemeinde durch die Errichtung eines Kindergartens an einem anderen Standort im Gemeindegebiet erspart geblieben, zumal andernorts ausreichend Freifläche im Grünen zur Verfügung gestanden wäre.

Die ÖVP Fraktion erwartet sich zukünftig entsprechend den Bestimmungen der Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung 2015 eine **getreue, vollständige und einheitliche Darstellung der finanziellen Lage**, bei der die Grundsätze

- Wirtschaftlichkeit
- Sparsamkeit
- Zweckmäßigkeit
- Transparenz
- Effizienz
- Vergleichbarkeit

zur Anwendung kommen.

## **TOP 12) Beratung und Beschluss betreffend Anschaffung eines Fahrzeuges**

Aufgrund der Dringlichkeit, da das bestehende Fahrzeug ohne größere Reparaturen nicht mehr einsatzfähig ist, stimmt die ÖVP dem Anliegen zu.

Merkt jedoch an, dass in Zukunft eine längere Vorlaufzeit für Angebotseinholung und Preisverhandlungen angedacht werden sollte, um das Preis-/Leistungsverhältnis abwägen zu können.

Die Preisschwankungen der angefragten Automarken belaufen sich auf bis zu 30 % des Neupreises.

Angeschafft wird nun das teure Fahrzeug, weil sofort lieferbar!

## **TOP 13) Beratung und Beschluss betreffend Tiefbauvorhaben**

### **Zu TOP 13a) Herstellung Bordsteineinläufe in Gemeinlebarn:**

Nachdem eine Ausschreibung erfolgt, ist es nicht nachvollziehbar, warum nur von zwei Bietern Angebote eingeholt wurden.

Bei mehreren Anfragen (die keinen höheren Bearbeitungsaufwand verursacht hätten) wäre die Auftragssumme womöglich geringer ausgefallen.

## **TOP 17) Beratung und Beschluss betreffend Auftragsvergaben**

### **Zu- und Umbau NÖ Landeskindergarten 2**

Zu TOP 17a) Dass die Bestbieterermittlung seitens des Architekten nicht nachvollziehbar ist, wurde bereits in der Stellungnahme zum Umlaufbeschluss vom 07.10.2020 erklärt!

Trotz der Hinweise hat das Architekturbüro weiterhin die Berechnung zur Bestbieterermittlung nicht abgeändert. Es ist grundsätzlich unmöglich, dass ein Bieter die maximalen 100 Punkte erreichen kann. Darüber hinaus ist eine Verlängerung der Gewährleistung für einen Bieter gänzlich unattraktiv, weil für den Bieter fast keine finanziellen Vorteile daraus entstehen.

Die ÖVP fordert von den zuständigen Stadträten, den Architekten anzuweisen, seine Bestbieterermittlung zum Vorteil für unsere Gemeinde abzuändern.

### **Zu TOP 17b) Fluchtwege**

Es ist nicht nachvollziehbar, warum sich während des Kindergartenbaues die Fluchtwegsituation ändert.

Die ÖVP-Fraktion enthält sich aufgrund fehlender Einsicht in eine planliche Darstellung zur Situierung der Stützmauer und somit der Nachvollziehbarkeit, aber auch aufgrund unserer grundsätzlichen Haltung gegen die Erweiterung des Kindergartens an diesem Standort der Zustimmung.

## TOP 27) Beratung und Beschluss Resolution „Aktion 40.000 – Arbeitsplätze, Chancen, Zuversicht“

Grundsätzlich ist festzuhalten, dass Maßnahmen zur Verbesserung der Situation des Arbeitsmarktes in die Zuständigkeit des Landes NÖ und des Bundes fallen.

Somit ist eine Resolution zu diesem wichtigen Thema nicht im Gemeinderat angebracht, zumal in den zuständigen Gremien seit Ausbruch der Corona-Pandemie verstärkt Maßnahmen gesetzt wurden.

Selbst bei den Kreditaufnahmen im Gemeinderat in der Höhe von 1,55 Mio. € vom 25.6.2020 wird bei den Kreditverträgen hingewiesen, dass die Bestimmungen der NÖ. Landesfinanzsonderaktionen „Arbeitsmotor Gemeinden“ Anwendung finden.

Die in der Resolution festgehaltenen Zahlen sind nicht nachvollziehbar und belegt.

Niederösterreich ist bisher besser durch die Arbeitsmarktkrise gekommen als viele andere Regionen. Ein Grund für den Vorsprung liegt in den vielen Maßnahmenpaketen, die seitens des Landes und der Sozialpartner bereits vor und auch während der Corona-Krankheit erarbeitet wurden - zuletzt etwa die größte jemals in Niederösterreich gestartete Qualifizierungs- und Weiterbildungsoffensive in Höhe von 63 Millionen Euro.

Für 2021 sind zusätzlich Programme wie Jobchance50+ und die Lehrlingsoffensive bereits aufgestockt, um den Menschen Perspektiven zu geben. Diese gemeinsam mit allen Sozialpartnern erarbeitete **69 Millionen Euro schwere Arbeitsmarktpaket** umfasst:

- 54 Millionen Euro für die NÖ Lehrlingsoffensive,
- 14 Millionen Euro für die Jobchance 50+ und
- eine Million Euro für ein Sonderprogramm für zusätzliche Pflegekräfte.

Auch für eine berufliche Weiterbildung oder Umorientierung wurden Maßnahmen ergriffen. Ein Instrument ist dabei der NÖ Kompetenzkompass, der jedem seine individuellen Stärken aufzeigt und damit den Grundstein für die persönliche berufliche Weiterentwicklung legt.

In Niederösterreich ist es aufgrund dieser Maßnahmen gelungen, besser durch die Arbeitsmarktkrise zu kommen als in allen anderen Bundesländern:

- **2020 um 28 Prozent mehr Arbeitslose als 2019.** Das ist **deutlich weniger als der Bundesschnitt von +35,9 Prozent.**

Um weiter verlässlicher Partner für die NÖ Wirtschaft zu bleiben, hat sich das Land dazu bekannt, an allen geplanten Investitionen für 2021 festzuhalten.

Insgesamt werden **durch 900 Millionen Euro des Landes rund 3,6 Milliarden Euro an Investitionen ausgelöst, die somit 53.000 Arbeitsplätze sichern.**

Das alles führt dazu, dass **2020 ein überdurchschnittlicher Anstieg von Unternehmensgründungen** genannt werden kann – **ein Plus von 3,5 Prozent** auf 6.297 neu gegründete Unternehmen (Österreich: + 1,2 Prozent).

## **TOP 23) Beratung und Grundsatzbeschluss MTB-Strecke „Unteres Traisental“ und Errichtung einer Radtrekkingstrecke**

Anmerkung und Empfehlung:

Um die Interessen der Initiatoren, Sportler, Grundstückseigentümer, Jäger usw. zu berücksichtigen, sollte dieses Vorhaben vor einer endgültigen Umsetzung nochmals im zuständigen Ausschuss diskutiert werden. Denn auch die aktuell angedachte Streckenführung entlang des Traisen-Radweges kann zu Konflikten mit Spaziergängern, HundebesitzerInnen, Kinderfahrrädern usw. und damit verbunden zu erhöhter Unfallgefahr führen. Der bestehende Radweg zwischen Herzogenburg und Traismauer sollte nicht noch mehr frequentiert sein.

## **TOP 28) Beratung und Beschluss Resolution „Sicherer Hafen“**

Die ÖVP Traismauer möchten dazu festhalten, dass wir das Engagement und den Einsatz von einzelnen Personengruppen für die Aufnahme von minderjährigen MigrantInnen sehr schätzen und bewundern.

Die ÖVP-Stadt- und Gemeinderäte haben sich bereits vor Jahren gemeinsam mit den SPÖ-Stadt- und Gemeinderäten um die Beschaffung und Ausstattung von Wohnraum für Unterbringung von Flüchtlingen in Traismauer gekümmert. Dies werden wir auch wieder tun, wenn wir gebraucht werden.

Wir sehen jedoch bei dieser Resolution nicht die Zuständigkeit bei den Gemeinden, sondern beim Land NÖ und der Bundesregierung.

Dieses sehr wichtige und sensible Thema sollte kein Politikum werden.

Die Republik Österreich hat eine besondere historische Verantwortung, wenn es darum geht, Menschen Schutz vor Verfolgung zu gewähren. In den letzten 3 Jahren hat Österreich mit rund 45.000 erteilten Schutzgewährungen immer einen Spitzenplatz im europäischen Vergleich eingenommen. Und alleine letztes Jahr wurde in Österreich rund 5.700 Minderjährigen der Schutzstatus zugesprochen.

Gleichzeitig darf das Asylrecht jedoch nicht als ein Werkzeug der Zuwanderung missbraucht werden. Und aus diesem Grund, sollen und müssen auch in Zukunft beide Prinzipien, jenes der Rechtsstaatlichkeit und jenes der Nächstenliebe berücksichtigt werden. Bei allem Mitgefühl, muss die Rechtsstaatlichkeit in unserem Land sehr wohl gewahrt bleiben. Denn diese ist und bleibt das höchste Gut.

Bürgermeister Herbert Pfeffer wird im Sinne der Antragsbegründung ersucht, an den Bundesminister für Inneres heranzutreten und sich bei diesem dafür stark zu machen, dass asylopolitische Entscheidungen auch weiterhin immer unter einer Abwägung von Nächstenliebe und Rechtsstaatlichkeit zu treffen sind, um ein Höchstmaß an Menschlichkeit zu gewährleisten

TOP 30) Beratung betreffend Antrag §46 Abs. 1, 2. Satz der NÖ Gemeindeordnung

Beratung betreffend barrierefreier Zugang (Personenlift) im Schloss Traismauer

Stellungnahme und Erklärung dazu:

Die ÖVP forderte mittels Drittelantrag folgendes Projekt auf die Tagesordnung

- Personenlift für einen barrierefreien Zugang zu den Ausstellungen im Schloss Traismauer

Aufgrund der geplanten und am 17.2.2021 beschlossenen „Adaptierung von Räumlichkeiten im Schloss Traismauer“ für zukünftige Ausstellungsprojekte im 2. Stock des Schlosses werden zahlreiche Besucher in naher Zukunft erwartet.

Die ÖVP fordert daher den Einbau eines behindertengerechten Personenlifts, der einen barrierefreien Zugang ermöglichen soll.

Eine Modernisierung des bestehenden Liftes (etwa 40 Jahre alt) oder der Einbau eines neuen Liftes soll, in Absprache mit dem Bundesdenkmalamt, einen stufenlosen Zugang zu allen Stockwerken ermöglichen.

Der für Herbst 2021 geplante Klöppelkongress wird viele Interessierte Besucher und auch SeniorInnen nach Traismauer locken. Hier sollte für die Zukunft eine geeignete Lösung zum Erreichen der Ausstellungsräumlichkeiten gefunden werden.

Vorschlag für Finanzierung:

Die Stadtgemeinde Traismauer befindet sich im Stadterneuerungsprozess und könnte den „Einbau eines Personenliftes“ als nachhaltiges Projekt für eine Förderung des Landes NÖ einreichen. Geschätzte Kosten etwa 30.000 Euro.